

einem Gespräch mit einer dreiköpfigen Delegation des Dalai Lama am 27. November 1984 bestätigt, daß sich der Dalai Lama im Falle seiner "Rückkehr" nicht in Tibet niederlassen darf (RMRB, 28.11.84; siehe auch C.a., September 1984, Ü 14).

Yang Jingren zitierte die chinesische Fünf-Punkte-Politik gegenüber dem Dalai Lama, die ZK-Generalsekretär Hu Yaobang 1980 bei einem Zusammentreffen mit dem Bruder des Dalai Lama vorgetragen hatte. Von zentraler Bedeutung ist dabei Punkt 4. Darin heißt es, daß der Dalai Lama im Falle seiner "Rückkehr" die gleiche politische Behandlung wie vor 1959 erfahren werde. Der Dalai Lama werde auch die gleichen Lebensbedingungen wie vor 1959 vorfinden. Er könne damit rechnen, zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes gewählt zu werden. Die Aussage zu Beginn von Punkt 4 bezüglich der gleichen politischen Behandlung wie vor 1959 steht ganz offensichtlich im Widerspruch zu der Passage im zweiten Teil von Punkt 4, in der es heißt, daß sich der Dalai Lama im Falle seiner Rückkehr nicht in Tibet niederlassen dürfe. Auch dürfe er kein Amt in Tibet ausüben. Begründung: In Tibet seien heute bereits junge Leute an der Macht, die ihre Arbeit sehr gut verrichten würden! Angesichts des im Vergleich zu chinesischen Spitzenpolitikern jugendlichen Alters des Dalai Lama (50) erscheint diese Begründung nicht gerade feinsinnig. Der gegenwärtige 1. Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang, ist immerhin bereits 63 Jahre alt. -sch-

* (11)

Kürzere Mittagspause für Beijinger Beamte

Das Büro des Staatsrats hat in einem Rundschreiben vom 21. November 1984 bekanntgegeben, daß die Mittagspause für die Mitarbeiter der Staatsorgane in Beijing ab 1. Januar 1985 das ganze Jahr hindurch nur noch eine Stunde betragen wird. Bisher hatte die Mittagspause für die Funktionäre in den Beijinger Regierungsstellen im Sommer zwei Stunden und im Winter eineinhalb Stunden betragen. Mit der jetzt verordneten Kürzung der Mittagspause soll jedoch auch der Feierabend entsprechend vorverlegt werden. Die neue Regelung wurde mit der Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsleistung der Staatsorgane begründet. Auch für die Beamten selbst sieht das Büro des Staatsrats nur Vorteile der

neuen Regelung - durch den früheren Feierabend hätten die Staatsbediensteten nach der Arbeit nun mehr Zeit für Weiterbildung, Hausarbeit und gesellschaftliche Aktivitäten. (RMRB, 27.11.84) -sch-

* (12)

VBA soll mehr zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beitragen

Auf einer Sitzung der ZK-Militärkommission hat der Kommissionsvorsitzende Deng Xiaoping in einer Rede am 1. November 1984 die Chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) aufgefordert, ihre Arbeit mehr in den Dienst des Aufbaus des Landes zu stellen und stärker zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Dabei erwähnte Deng die Luftwaffe, die Marine und die Verteidigungsindustrie. So sollten die Luftwaffe und Marine eine Reihe von bisher nur militärisch genutzten Einrichtungen und technischen Hilfsmitteln auch zur zivilen Nutzung bereitstellen. Die Verteidigungsindustrie müsse, so Deng, ihre Produktion für den zivilen Bereich ausweiten. (RMRB, 2.11.84; siehe auch den Kommentar der RMRB vom 4.11.84)

Die Sitzung der ZK-Militärkommission fand vom 25. Oktober bis 2. November 1984 statt. Auf der Tagesordnung standen die Reform der VBA, die zweite Phase der politischen Ausrichtung der KPCh innerhalb der Armee und die Ausweitung der Produktion für den zivilen Bereich durch die VBA. (RMRB, 3.11.84; siehe auch RMRB, 4.11.84) -sch-

* (13)

Amt für nukleare Sicherheit gegründet

Das Zentrale Amt für nukleare Sicherheit der Volksrepublik China (guojia he anquan ju) ist am 30. Oktober 1984 offiziell gegründet worden. Die nukleare Sicherheitsbehörde ist ein direkt dem Staatsrat unterstehendes Regierungsorgan. Zum Direktor des Amtes wurde der bekannte Spezialist für Kerntechnik Jiang Shengjie berufen. Jiang ist gleichzeitig Präsident der Chinesischen Gesellschaft für Nuklearforschung und Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technik beim Ministerium für Nuklearindustrie. Dem Zentralen Amt für nukleare Sicherheit wurden u.a. folgende Aufgaben zugewiesen:

- Entwurf eines Gesetzes über Kernenergie;
- Entwurf von Vorschriften, Richtlinien und Kriterien für die Sicherheit zivil genutzter Nukleareinrichtungen;
- Einführung eines strengen und effektiven Verfahrens zur Über-

- prüfung der Sicherheit und zur Genehmigung von Kernanlagen zu zivilen Zwecken;
- Überprüfung der Sicherheit und Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen von selbstgebauten und importierten Kernanlagen zu zivilen Zwecken;
- Prüfung und Überwachung der Sicherheitsarbeit in zivil genutzten Kernanlagen, für die bereits Bau- und Betriebsgenehmigungen vorliegen;
- Organisierung der Ausbildung des Wartungspersonals von zivil genutzten Nukleareinrichtungen;
- Organisierung der wissenschaftlichen Forschung über die Sicherheit und den Betrieb von zivil genutzten Kernanlagen;
- Förderung des internationalen Austausches und der Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit. (RMRB, 10.11.84) -sch-

KULTUR

*

*

* * * * *

* (14)

35 Jahre Akademie der Wissenschaften

Am 1. November 1984 feierte die Chinesische Akademie der Wissenschaften ihr 35jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wurde in der Großen Halle des Volkes ein Empfang gegeben, zu dem über 500 Wissenschaftler sowie zahlreiche Vertreter aus Partei und Regierung erschienen waren, darunter Fang Yi, Hu Qiaomu, Hu Qili, Zhang Jingfu u.a. (RMRB, 2.11.84). Wie es in einer Xinhua-Meldung (engl., 2.11.84) heißt, besteht die Akademie gegenwärtig aus 119 Forschungsinstituten mit insgesamt 44.000 Wissenschaftlern, während sie bei ihrer Gründung nur 20 Institute mit 300 Wissenschaftlern umfaßte. Sowohl Fang Yi als auch Hu Qiaomu wiesen in ihren Festreden auf die bisherigen Erfolge der Akademie hin und betonten zugleich, daß im Zuge der auf dem 3. Plenum des XII. ZK beschlossenen Reformen des Wirtschaftssystems auch die Akademie dabei sei, umfangreiche Reformen durchzuführen, um noch besser der Volkswirtschaft und Landesverteidigung dienen zu können. Yan Dongsheng, Vizepräsident der Akademie, nannte als die zentralen Punkte der Reform 1. die Vereinfachung der Verwaltung und die Eigenverantwortlichkeit der Institute sowie 2. die Steigerung der Einsatzfreudigkeit der Angestellten und Arbeiter, insbesondere der Wissenschaftler und Techniker. Der Akademie sei sehr an der Zusammenarbeit mit örtlichen Stellen, Betrieben, Industrieabteilungen und Hochschulen gelegen. Die Forschungsprojekte sollten einer-

seits auf die Stärkung der Volkswirtschaft, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und die neue technische Revolution ausgerichtet sein; andererseits sollten die Institute und ihr wissenschaftlich-technisches Personal angehalten werden, angewandte Forschung zu betreiben. Schließlich erwähnte Yan auch, daß das System der Mittelzuweisung reformiert werde. Staatliche Mittel werden nur noch für Grundlagenforschung, für angewandte Forschung, sofern sie Grundlagenforschungscharakter hat, oder für Forschung, die neue Gebiete betrifft, vergeben. Für die übrige Forschung soll das Vertragssystem gelten (d.h. die Institute schließen mit verschiedenen Abnehmern ihrer Forschungsergebnisse Verträge) (GMRB, 2.11.84).

Die hier angedeutete Verwaltungs- und Finanzreform in der Wissenschaft war bereits in der ersten Hälfte 1984 eingeleitet worden (vgl. C.a., Mai 1984, Ü 22 u. 23). Zur Zeit werden diese Reformen Schritt für Schritt allgemein eingeführt. Das Ziel ist letztlich eine Entlastung des Staatshaushalts, die bei der Wissenschaft vor allem durch die Verlegung des Schwergewichts der Forschung auf die angewandten Wissenschaften zu erreichen ist. -st-

*(15)

Bau einer Experimentieranlage für Kernfusion

Chinesische Wissenschaftler haben die größte Experimentieranlage des Landes für kontrollierte Kernfusion in der Stadt Leshan in der Provinz Sichuan in Südwestchina gebaut. Wie die Wissenschaftler mitteilen, hat sich die Anlage, die am 21. September 1984 mit Probeläufen begonnen hat, als zufriedenstellend erwiesen. Die Anlage, die den Namen HL-1 trägt, ist im Vergleich zum Tokamak-Testreaktor bei der Princeton-Universität in den USA von mittlerer Größe. Sie wurde vom Südwest-Forschungsinstitut für Physik entworfen, und ihre gesamte Ausrüstung wurde von ungefähr 100 Fabriken und Instituten unter den Ministerien für Maschinenbau, elektronische Industrie und für Kernindustrie sowie dem Erziehungsministerium und der chinesischen Akademie der Wissenschaften gebaut. Der Bau einer solchen Anlage wird den chinesischen Wissenschaftlern dabei helfen, sich mit den Voraussetzungen und Gesetzmäßigkeiten, die die kontrollierte Fusion bestimmen, vertraut zu machen und damit zusammenhängende Aufgaben zu lösen. (XNA, 6.11.84, zit. nach MD, 12.11.84) -lou-

*(16)

Analphabetentum und allgemeine Schulpflicht

In der VR China wird zur Zeit eine Kampagne zur Ausrottung des Analphabetentums durchgeführt. Dies gab ein Vertreter des Erziehungsministeriums auf einer Regionaltagung über Planung und Durchführung von Programmen zur Ausrottung des Analphabetentums und zur Einführung der allgemeinen Schulbildung bekannt, die vom Regionalbüro der UNESCO für Erziehung im asiatisch-pazifischen Raum im November in Nanjing veranstaltet wurde.

Von den 230 Millionen Analphabeten oder halben Analphabeten, die in der Volkszählung von 1982 in China ermittelt wurden, leben 210 Millionen auf dem Lande. Die Zielgruppe der gegenwärtigen Kampagne ist die Gruppe der Analphabeten oder halben Analphabeten im Alter zwischen 12 und 40 Jahren. Diese Gruppe, so lautet das nationale Ziel, soll bis 1995 lesen und schreiben können. Wie der Vertreter des Erziehungsministeriums ausführte, beträgt der vom Staatsrat festgelegte Standard für die ländliche Bevölkerung 1.500 Schriftzeichen, was zum Lesen einfacher Publikationen, für Buchhaltung und zum Schreiben informeller Notizen ausreicht. Für Arbeiter betrage der Standard 2.000 Schriftzeichen. In der Praxis sei es so, daß die Zentralregierung die Leitlinien und die Politik der Alphabetisierungsprogramme formuliere, während die Erziehungsbehörden der verschiedenen Verwaltungsebenen die Aufgabe haben, Lehrmaterialien herauszugeben und Lehrer auszubilden. Für die praktische Durchführung der Programme seien die Verwaltungen der Kreise und der Einheiten darunter verantwortlich (XNA, 9.11.84).

Seit 1949, so wurde ferner bekannt, hätten in China 150 Millionen Erwachsene lesen und schreiben gelernt, davon in den letzten fünf Jahren 30 Millionen (RMRB, 13.11.84).

Die beste Methode, das Analphabetentum auszurotten, so der Vertreter des Erziehungsministeriums, sei jedoch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, ein Ziel, das China bis 1990 erreichen wolle. Auch hier würden die Anstrengungen gegenwärtig auf die ländlichen Gebiete verlegt. In 600 Kreisen sei die allgemeine Schulpflicht bereits verwirklicht. Im nationalen Durchschnitt besuchten 94% aller Kinder im Schulalter eine Schule. Ein Schwerpunkt der Bemühungen von seiten der Regierung sei die Lehrerausbildung. Sie würde mit allen Mitteln gefördert, denn nur wenn genügend Lehrer vorhanden seien, könne das Ziel der

allgemeinen Schulpflicht bis 1990 erreicht werden (XNA, 10.11.84; RMRB, 13.11.84).

Lehrermangel und sonstige Infrastrukturmängel lassen es fraglich erscheinen, ob China seine beiden bildungspolitischen Ziele - die Abschaffung des Analphabetentums und die Einführung der allgemeinen Schulpflicht - bis 1995 bzw. 1990 erreichen kann. Auch hier gilt, daß die entwickelten Provinzen erfolgreicher abschneiden werden als die unterentwickelten Gebiete, d.h., das Ergebnis der gegenwärtigen Anstrengungen wird regional sehr unterschiedlich ausfallen. Die Verantwortung für die Grundschulen tragen die Kommunen. In wohlhabenden Kommunen floriert der Schulbau zur Zeit, in armen hingegen wird dem Aufbau von Schulen keineswegs Priorität eingeräumt. -st-

*(17)

Erziehungsreform dringend erforderlich

Die Volkszeitung veröffentlichte kürzlich ein dringendes Plädoyer für eine gründliche Reform des Erziehungssystems, die in engem Zusammenhang mit den auf dem 3. Plenum des XII. ZK beschlossenen Wirtschaftsreformen gesehen wird (RMRB, 9.11.84). Die Entwicklung geistiger Kapazitäten nehme in der heutigen Welt eine eminent wichtige Stellung ein, wie sie zuvor nie dagewesen sei, heißt es in dem Artikel. Die USA stünden in bezug auf wirtschaftliche Entwicklung und in wissenschaftlich-technischer Hinsicht an erster Stelle, und zwar vor allem deshalb, weil sie ein großes Reservoir an menschlichen Begabungen hätten. Und Japan, dieser Staat ohne genügend Rohstoffe, habe den Sprung von einem besiegten Land zu einer Wirtschaftsgroßmacht geschafft, weil es seit der Meiji-Reform den Standpunkt vertreten habe, daß "die Erziehung einen Staat aufbaut", daß die Entwicklung geistiger Kapazitäten vor der wirtschaftlichen Entwicklung rangiere, so daß es durch den Einsatz menschlicher Begabungen den Mangel an Rohstoffen wettmache.

China habe seit 1949 in bezug auf die Entwicklung geistiger Kapazitäten gewisse Erfolge erzielt, aber aufgrund des linken ideologischen Einflusses der Wissenschafts- und Intellektuellenfeindlichkeit sei das Bildungsniveau der chinesischen Bevölkerung im Vergleich zu dem der entwickelten Staaten äußerst niedrig. Nach den Volkszählungsdaten von 1982 betrage der Anteil der Intellektuellen, worunter der Verfasser alle Leute versteht, die einen Hochschulabschluß besitzen, die eine Hoch-

schule besucht haben oder Hochschulstudenten sind, an der Gesamtbevölkerung nur 6 Promille, womit China in der ganzen Welt nahezu an niedrigster Stelle stehe, noch weit unter Indien. Analphabeten oder halbe Analphabeten machten 23,5% der Gesamtbevölkerung aus, das seien 235 Millionen. Doch nicht nur das, vielfach seien diese wenigen Intellektuellen dort eingesetzt, wo sie keine Verwendung fänden und wo sie ihre Begabung nicht voll ausschöpfen könnten, was zu einer Verschwendung an menschlichen Begabungen führe. So stelle der Mangel an geistigen Kapazitäten ein immer schwerwiegenderes Hindernis für die Modernisierung dar.

Angesichts dieser Lage sei eine Reform des Erziehungssystems ein dringendes Bedürfnis. Nicht nur im Interesse der Modernisierung, sondern auch einer schnelleren Durchführung der Modernisierung und umfassender Reformen müsse die Reform des Erziehungssystems möglichst rasch angepackt werden. Zu diesem Zweck müsse man mutig und vollständig die rückständigen Seiten aufdecken und die Reform des Erziehungssystems mit der Reform des Wirtschaftssystems verknüpfen; beides müsse vom Staatsrat und Ministerpräsidenten selbst in Angriff genommen werden. Dabei gelte es, die Zufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, die Furcht vor Veränderungen, alte Denkweisen und alte Rahmen zu überwinden und neue Probleme zu lösen, neue Regeln aufzustellen und möglichst schnell und gut menschliche Begabungen heranzuziehen. Nur so könne auch die gesamte Reform und Modernisierung gelingen. -st-

*(18)

Gesetzgebung im Erziehungswesen gefordert

Kürzlich wurde auf einer Sitzung des Komitees für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen des Nationalen Volkskongresses die Forderung erhoben, ein Gesetzeswerk für das Erziehungswesen aufzustellen. Die Ausweitung der Erziehung sei ein dringendes Anliegen, so hieß es, und würde das sozialistische Modernisierungsprogramm unterstützen. In dem Komitee wurde die unzureichende Gesetzgebung auf dem Erziehungssektor als schwerwiegender Mangel empfunden, der die Entwicklung des Erziehungswesens empfindlich beeinträchtigt. Das Komitee hält die folgenden Gesetze für erforderlich: 1. ein grundlegendes Gesetz zum Erziehungswesen, das Stellung, Rolle, Politik und Ziel der Erziehung sowie das Schulsystem erläutert; 2. ein Gesetz über die allgemeine Schulpflicht, das zugleich das entsprechende Schulsystem, die

Finanzierung, die Qualifikation der Lehrer und die Verwaltungsstruktur klärt; 3. ein Gesetz über die Finanzierung des Erziehungswesens, in dem der Anteil der Erziehungsmittel im Staatshaushalt, Herkunft, Verteilung und Verwendung der Mittel geklärt werden; 4. ein Gesetz über die Lehrkräfte, das die Qualifikationen, Ausbildung, Prüfungen, Einstellung, Behandlung und Belohnung der Lehrer regelt; 5. ein Gesetz zum Schutz der Schulen (XNA, 2.11.84). Das Komitee beschloß, sich für die Gesetzgebung zum Erziehungswesen einzusetzen und dafür zu sorgen, daß die wichtigsten Gesetze innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre unter Dach und Fach sind. Um die Arbeit auf diesem Gebiet zu beschleunigen, wurde ein Untersuchungsorgan von Experten gegründet, das sich mit der Gesetzgebung für das Erziehungswesen befassen soll (GMRB, 2.11.84).

Außer allgemeinen bildungspolitischen Grundsätzen in der Verfassung, zu denen auch die Verwirklichung der Schulpflicht gehört, gibt es keine einschlägige Gesetzgebung zum Erziehungs- und Schulwesen. Man hält sich hier an Verordnungen, Regularien und Empfehlungen aller Art, die jedoch keinen Gesetzescharakter besitzen. Uneingeschränkte Anwendung finden sie nur bei den Bildungseinrichtungen, die der Zentrale unterstellt sind. Die überwiegende Mehrzahl der Bildungseinrichtungen gehört jedoch nicht zum staatlichen Sektor, und entsprechend variiert das Maß, in dem die Bestimmungen als verbindlich angesehen werden. -st-

*(19)

Neue Trends in beruflicher Weiterbildung

Am 5.11.1984 wurde in Xiamen eine Nationale Gesellschaft für Arbeiter- und Angestelltenerziehung gegründet. Gleichzeitig hielt die Gesellschaft ihre erste Jahresversammlung ab. Auf dieser Versammlung wurden drei neue Trends in der Arbeiter- und Angestelltenerziehung konstatiert: Immer mehr jugendliche Angestellte und Arbeiter, die den Grundschulabschluß und eine technische Zusatzausbildung haben, wollen einen höheren Bildungsstandard erwerben und Spezialtechniken erlernen; wissenschaftlich-technisches Personal bemüht sich um den Erwerb neuer Kenntnisse; Kader legen mehr Wert auf das Erlernen von Management-Kenntnissen.

Was die erste Gruppe angeht, so erstreben immer mehr Jugendliche, die bereits im Berufsleben stehen, den Besuch von Mittelschulen für Angestellte und Arbeiter oder von

Fachmittelschulen oder technischen Mittelschulen. Von den über 2 Millionen Arbeitern in Shanghai beispielsweise will ein Viertel eine derartige Schule besuchen.

Bei den Wissenschaftlern und Technikern besteht das allgemeine Verlangen, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu erweitern sowie neue Kenntnisse und Informationen zu studieren und zu verstehen. Gegenwärtig könne bereits 80% des Forschungspersonals an Forschungsinstitutionen mit dem Computer umgehen.

Die Kader schließlich hätten früher immer gemeint, sie seien zu beschäftigt, um Zeit fürs Studium erübrigen zu können. Heute hingegen nähmen sie sich die Zeit zum Erlernen von Management-Kenntnissen und Fachwissen. Im Jahre 1983 hätten sich 200.000 Kader irgendeiner Form von Weiterbildung unterzogen, und in diesem Jahr werde ein weiterer Zuwachs zu verzeichnen sein. Während es im vergangenen Jahr in China erst eine Institution gab, auf der Kader Management studieren konnten, gibt es inzwischen 65 solcher Institutionen (RMRB, 13.11.8).

Der Trend zur beruflichen Weiterbildung und zum Erwerb zusätzlicher Qualifikationen steht in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Einführung des Leistungsprinzips. Nur bei entsprechender Leistung kann man seinen Arbeitsplatz behalten. -st-

*(20)

Auslandsstudenten

Zwischen 1978 und Juni 1984 hat die VR China insgesamt über 33.000 Studenten zum Studium ins Ausland geschickt. Gut 26.000 von ihnen haben staatliche Stipendien erhalten, während gut 7.000 ihr Auslandsstudium selbst finanzieren. Zur Zeit haben von diesen Auslandsstudenten über 14.000 ihr Studium beendet und sind nach China zurückgekehrt. Diese Angaben wurden aufgrund neuester Statistiken von seiten der entsprechenden Behörden gemacht.

Damit sind in diesen sechs Jahren doppelt so viele Studenten ins Ausland geschickt worden wie in den 28 Jahren zwischen 1950 und 1977. Im Unterschied zu der Zeit vor der Kulturrevolution werden heute zum überwiegenden Teil fortgeschrittene Studenten für ein Auslandsstudium ausgewählt: Ihr Anteil beträgt 78%, während er früher nur um 10% lag. Folgende Gründe sind dafür maßgeblich, daß man lieber fortgeschrittene Studenten ins Ausland schickt: 1. Die Studienzeit ist kürzer, und nach ihrer Rückkehr können die Leute gleich

praktische Aufgaben in Lehre, Wissenschaft und Produktion wahrnehmen; 2. das Studium kann besser auf den Beruf abgestimmt werden; 3. die Beziehungen mit dem Ausland in bezug auf Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur können auf eine solidere Grundlage gestellt werden.

Außer vom Staat oder aus privaten Mitteln werden Auslandsstudien für Chinesen auch von den Provinzen finanziert, des weiteren im Rahmen von Projekten über technische Zusammenarbeit zwischen Regierungen, über Hilfsprojekte von UNO-Organisationen oder der Weltbank sowie durch Austausch mit einzelnen Hochschulen oder Freundschaftsgesellschaften (RMRB, 23.11.84). -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

*(21) Neue Ausschreibungsrunde für Offshore-Öl beginnt

Am 22.11.1984 begann eine neue Ausschreibungsrunde für ein Gebiet von etwa 100.000 qkm zur Exploration von Offshore-Öl. Die ersten vier angebotenen Blöcke haben eine Größe von 13.300 qkm im östlichen Teil des Yingge-Beckens, im südchinesischen Meer südlich der Insel Hainan. Weitere Gebiete an der Mündung des Zhu-Flusses und in den südlichen und nördlichen Teilen des südlichen Gelben Meeres werden später angeboten. Nach Angaben eines Sprechers der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) gibt es ein "gutes Potential an Erdöl und Gas" in den Blöcken des Yingge-Beckens. In einem Block des Beckens wurden bereits beträchtliche Erdgasreserven durch die Atlantic Richfield Co. (Arco) gefunden.

Bei der jetzigen Ausschreibungsrunde handelt es sich bereits um die zweite Runde. Während der letzten vier Jahre unterzeichnete die CNOOC 23 Verträge über 93.289 qkm an Offshore-Gebieten. Ausländische Ölgesellschaften werden insgesamt mehr als 2 Mrd. US\$ investieren.

Die Ausschreibung erfolgt in Stufen, und die CNOOC wird in ihrer Notifikation Nummer 1 zunächst die spezifischen Ausschreibungsprozeduren für den östlichen Teil des Yingge-Beckens bekanntgeben. Dieses Gebiet liegt mehr als 20 km südlich der Insel Hainan, und der größte Teil davon befindet sich innerhalb der 200-m-Tiefenlinie. Die zweite Ausschreibungsrunde erfolgt ohne Restriktionen. Ausländische Firmen, ob sie nun an der

ersten Ausschreibungsrunde teilgenommen haben oder nicht, können Angebote abgeben. Die CNOOC wird alle Anbieter gleich behandeln und die günstigsten Gebote auswählen. Die grundlegenden Bedingungen der Verträge bleiben die gleichen wie bereits in der ersten Runde. Die ausländischen Partner tragen die Risiken während der Explorationsperiode, während die CNOOC das Recht hat, sich in der Entwicklungsperiode an der Finanzierung zu beteiligen. Beide Parteien teilen sich die Gewinne entsprechend den Bedingungen der Verträge.

Der Endtermin für den Ankauf der Daten über den östlichen Teil des Yingge-Beckens ist der 15. November 1984, 18 Uhr. (XNA, 22.11.84) -lou-

*(22)

Über die Reform des Außenhandels

Nach Aussagen von Chen Muhua, der Ministerin für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, ist auch im Bereich des Außenhandels eine Reform dringend erforderlich. Sie nannte insbesondere vier Punkte: (1) Den Unternehmen soll mehr Entscheidungsgewalt gegeben werden. Es sollen Voraussetzungen für die unabhängige Betriebsführung dieser Unternehmen geschaffen werden. Die Eingriffe der Verwaltung in die Betriebe sollen so weit wie möglich reduziert werden. (2) Befehls- und Leitpläne sollen kombiniert werden, und die Zahl der Waren, die nach staatlichen Plänen exportiert werden, soll beträchtlich reduziert werden. (3) Der Außenhandel wird kombiniert mit der Produktion und der Einfuhr von moderner Technologie. Dies wird als ein wichtiges Prinzip für die Entwicklung des Außenhandels und die Beschleunigung des technischen Fortschritts angesehen. (4) Das Prinzip eines einheitlichen Vorgehens bei Geschäften mit der Außenwelt solle verfolgt werden. Die Anzahl der Waren, die von spezialisierten Unternehmen in einheitlicher Weise gehandelt werden, wird reduziert und die von diesen Unternehmen gehandelten Waren werden nur solche sein, bei denen es auf dem Weltmarkt eine starke Konkurrenz gibt und die für die Lebenshaltung des Volkes wichtig sind.

Das Außenwirtschaftsministerium wird nicht länger in die täglichen Geschäfte der ihm unterstehenden spezialisierten Gesellschaften eingreifen. Das Ministerium wird auch den entsprechenden Außenwirtschafts- und Außenhandelsabteilungen der Provinzen, Autonomen Regionen und Städten mehr Entscheidungsrechte übergeben. Diese Abteilungen werden lokale Jahrespläne für die Entwicklung des Außen-

handels ausarbeiten und deren Ausführung überwachen. Sie werden, als Delegierte des Ministeriums, das Recht haben, Import- und Exportlizenzen zu vergeben und den Außenhandel durch wirtschaftliche und Verwaltungsmaßnahmen zu fördern.

Qualitätsprodukte werden für den Export ausgewählt. Moderne und gewinnmachende Unternehmen werden gefördert. Vom nächsten Jahr an werden die Unternehmen und Abteilungen einen größeren Anteil der Devisen behalten können, die sie verdienen. Provinzen und Autonome Regionen werden Grenzhandel betreiben können. Städte, die freundliche Beziehungen zu ausländischen Städten haben, werden direkt mit ihnen innerhalb festgeschriebener Grenzen handeln können.

Nach Aussagen von Tian Jiyuan, einem stellvertretenden Premierminister, können mehr Produkte, die von Joint Ventures, Kooperationsunternehmen oder Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern sind, in China selbst verkauft werden. Früher wurden die meisten dieser Erzeugnisse außerhalb Chinas verkauft. (XNA, 30.10., 1.11., 15.11.84) -lou-

*(23)

Deutsch-chinesische Geschäftsabschlüsse

Einen Auftrag zur Lieferung des Autotelefon-Systems MATS-450 MHz in die Volksrepublik China hatte die Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, über ihren Unternehmensbereich TEKADE Fernmeldeanlagen gegen starke internationale Konkurrenz erhalten. Vertragspartner bei diesem 20-Mio.-DM-Projekt sind die China Electronics Import-Export Corporation und die Nanjing Radio Factory. Zum Lieferumfang gehört, wie aus einer PKI-Mitteilung hervorgeht, auch ein Technologietransfer, der komplette Geräte, Dokumentation, Fertigungs- und Prüfeinrichtungen sowie Personalschulung einschließt. Die Infrastruktur des Systems wird TEKADE, die mobilen Einheiten Philips TMC-Australien liefern. Ende 1985 wird China mit einer eigenen Produktion beginnen.

Der Geschäftsbereich Verpackungsmaschinen der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, hat einen weiteren Vertrag über die Lieferung von Maschinen nach der Volksrepublik China abgeschlossen. Nach Unternehmensangaben wurden für das Verpacken von Pharmazeutika eine komplette Ampullenanlage sowie vier Einzelmaschinen zum Befüllen und Verschließen von Kleinflaschen im Gesamtwert von 1,8 Mio. DM bestellt. Auf dem chinesischen Markt